

Adresskompendium

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 23. April 1930

Nummer 33

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 M. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats aufgegebenen Bestellungen.

Arbeitslosenversicherung und Regierungswechsel

Am Vorabend der „Arbeit“ hielt Rudolf Wissell in einem Aufsatz „Grundwandel Monats Reichsarbeitminister“ die Bilanz dessen, was sich in den letzten Kampfsjahren für die Sozialpolitik erreichen und was sich nicht erreichen ließ. „Ich halte es für sehr wichtig für unsere Bewegung“, so leitet er seinen Bericht ein, „Arbeit darüber zu schaffen und zu verbreiten, mit welchen Schwierigkeiten und mit welchen hemmenden Gegenkräften ein sozialistischer Arbeitsminister unter den gegebenen Verhältnissen zu rechnen hat. Und ferner liegt es mir natürlich am Herzen, jene Kritiker aus unserer eigenen Reihen zu überzeugen, die manche Gegenläufe zu banalisieren gewohnt sind und die daher die Sprengung der Großen Koalition wegen der Differenzen in der Arbeitslosenversicherung veltedigt nicht als zwin gende Notwendigkeit betrachtet haben.“ Die folgenden Ausführungen bilden den abschließenden Teil der Darstellung der Entwicklung der Sozialpolitik während seiner Amtszeit.

Als im Winter 1928/29 die Zahlen der Arbeitslosen, vor allem aus dem Saisonberufen, in einem ganz unvorhersehbaren Ausmaß in die Höhe schwellen, mußte ich mich zunächst entschließen, eine völlige Erschütterung der Versicherung durch die Einrichtung der „Sonderfürsorge für berufstätige Arbeitslosigkeit“ abzuwehren. Diese Sonderbehandlung der Saisonarbeitslosen, die sich aus einer ganzen Reihe von Gründen rechtfertigen ließ, konnte aber die Erschütterung der finanziellen Grundlagen der Versicherung nicht verhüten. Der sibirische Winter 1928/29 und die damit verbundene Entwicklung des Arbeitsmarktes warfen alle Finanzberechnungen über den Haufen und zwangen die Reichsanstalt zur Aufnahme großer Darlehen bei der Reichstasse. Damals wurde die Situation für die Arbeitslosenversicherung kritisch. Die Öffentlichkeit wurde gleichzeitig mit einer Fülle von Dichtung und Wahrheit über angebliche Mißstände und Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung übersättigt. Man suchte den Eindruck zu erwecken, als ob einerseits die gesamten Finanzschwächen des Reiches ausschließlich durch die Arbeitslosenversicherung hervorgerufen seien, und als ob andererseits schon durch die einfache Beseitigung von Mißbräuchen die Reichsanstalt im wesentlichen zu sanieren sei. Man versetzte sich einmal in die Schwierigkeiten meiner damaligen Lage. Da die Behauptungen über Mißstände nicht nur Dichtung, zum Teil vielmehr auch Wahrheit waren, konnte, wollte und durfte ich mich den Bemühungen, wirkliche Mißstände zu beseitigen, nicht widersehen; ich fühlte mich sogar verpflichtet, das mir anvertraute Gut der Arbeitslosenversicherung gegen Schädlinge, die sich an ihr bereicherten, zu schützen. Das konnte aber nicht nur im Verwaltungsweg gesehen; gesetzliche Änderungen waren unvermeidlich. Welche Gefahren mußte es heraufbeschwören, eine Novelle zur Arbeitslosenversicherung vorzulegen in einem Augenblick, in dem die Frage der weiteren Finanzierung der Versicherung ungelöst war und aus Kreisen der „Wirtschaft“ die Parole der unbedingt notwendigen „Sanierung“ der Versicherung ausgegeben worden war? Ich mußte damals, genau genommen, einen Krieg gegen zwei Fronten führen: einerseits mußte ich versuchen, die Mißstände und Mißbräuche auszumergen, und weiter durchzuführen suchen, durch eine Beitragserhöhung die weitere Finanzierung der Arbeitslosenversicherung sicherzustellen; andererseits mußte ich die Abbautendenzen bekämpfen. Daß mit dieser Beitragserhöhung — ich hatte schon im Mai 1929 eine Erhöhung auf 4 Proz. vorgeschlagen, drang im Kabinett jedoch erst im Späthjahr mit einer Erhöhung auf 3½ Proz. für ein halbes Jahr durch — der Arbeiterschaft ein schweres Opfer zugemutet wurde, dessen war ich mir bewußt. Ich glaubte aber — wie die Entwicklung gezeigt hat, mit Recht —, daß sie bereit sein würde, im Geiste der Solidarität für die arbeitslosen

Kameraden und für die Erhaltung der Versicherung dieses Opfer zu bringen. Auf der andern Seite mußte ich die Arbeitslosenversicherung vor denjenigen ihrer „Freunde“ schützen, die sie durch einen großzügigen Leistungsabbau „sanieren“ wollten. Und schon im Herbst 1929 war die Situation im Reichstag mehr als einmal für die Abbaufreunde günstig, die Lage also für die SPD. kritisch. Bei diesen Zufälligkeiten der Situation spielte leider ein unglücklicher Antrag eine Rolle, der Anwartschaftszeit und Leistungen verkoppeln wollte; er war für mich deswegen unannehmbar, weil er gerade die Ärmsten unter den Arbeitslosen, die immer nur zu kurzer Fällarbeit zugelassen, am härtesten getroffen haben würde. Letzten Endes gelang es damals der entschlossenen Haltung der SPD., das Schlimmste zu verhüten. Wirkliche, sozial ungerechtfertigte Leistungsvermindierungen traten durch die Novelle zum WVG. nur im unwesentlichen Maße ein. Leider sabotierte die Volkspartei die unvermeidliche Beitragserhöhung. Darin kam ihre Taktik zum Ausdruck, auf dem Umwege der finanziellen Aushungerung doch noch den direkt nicht durchzuführenden Leistungsabbau zu erzielen. So erfolgte eine — durchaus ungenügende — Beitragserhöhung um ½ Proz. — mit Zustimmung der Volkspartei — erst zum 1. Januar 1930. Kostbare Zeit war ohne den erhofften Beitragseingang verfloßen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im letzten Winter ist noch in frischer Erinnerung. Ich habe von vornherein zu denen gehört, die die auch aus den Reihen der freien Gewerkschaften oft als zu hoch angegriffene Arbeitslosen durchschnittszahl von 1,1 Millionen, die der Sachverständigenausschuß seinen Berechnungen zugrunde gelegt hatte, eher für zu niedrig als zu hoch angesehen haben. Leider hat die Entwicklung mir recht gegeben — bebauerlicherweise in einem Ausmaße, das ich selbst nicht für möglich gehalten hätte. Es zeigte sich sehr bald, daß das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben auch nach der Novelle vom Oktober 1929 und nach der Beitragserhöhung um ½ Proz. nicht herzustellen war. So wurde mehr und mehr der Komplex der Fragen, die mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängen, aus einem Versicherungsproblem zu einem Arbeitsmarktproblem. Jeder, der sich nur einigermaßen auskennt, weiß, daß alle „Reformen“ in der Arbeitslosenversicherung, also etwa Senkung der Verwaltungskosten, völlige Ausschaltung aller Mißbräuche usw., auch nicht entfernt so viel Ersparnisse einbringen können, wie nötig wäre, um daraus ohne Defizit die bisherigen Leistungen an die Arbeitslosen aufrechtzuerhalten. Nur darum handelt es sich noch: Abbau der Leistungen oder nicht. Und man kann es doch unmöglich einem sozialdemokratischen Arbeitsminister verdenken, wenn er sich weigert, die sozialpolitischen Leistungen eines Gesetzes — die sowieso schon an der unteren Grenze des Erträglichkeit liegen — abzubauen, das von einem Reichskabinett beschlossen worden ist. Und das gilt für die Gegenwart, die uns mit erschütternder Deutlichkeit den Charakter unrer Arbeitslosigkeit offenbart hat, mehr als je. Schon der geringe Leistungsabbau, den die Novelle zum WVG. vom Herbst des Vorjahres brachte, war eine schwere Belastung für die SPD. Aber damals war die Situation insofern anders, als das Wesentliche der Reform die Rationalisierung der Versicherung und die Bekämpfung von Mißbräuchen und Mißständen war, an deren Beseitigung auch unsere Bewegung lebhaft interessiert war. Aber jetzt konnten wir ein weiteres Spielen mit verdeckten Karten nicht mehr zulassen. Das Kompromiß in der Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung, dem seinerzeit auch ich zugestimmt habe, war gewiß keine ideale Lösung. Immerhin waren drei wichtige Punkte darin ungewidmetig enthalten: Erstens eine Beitragserhöhung auf 4 Proz., die auf alle Fälle in absehbarer Frist erfolgen sollte, und zweitens die Feststellung, daß Änderungen der gesetzlich festgelegten Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen können. Das Wichtigste jedoch war, daß die Darlehenspflicht des Reiches unangetastet blieb. Anders dagegen der Kompromißvorschl. Brüning-Meyer. Dieser läßt im Grunde genommen zunächst alles beim alten. Er sieht keine Beitragserhöhung vor, zwar will er einen festen Zuschuß von 150 Millionen Reichsmark an die Arbeitslosenversicherung gewähren. Aber der darüber hinaus erforderliche werdende Geldbedarf soll — und das ist der Hinfuß — im Wege der Darlehensgewährung gedeckt werden, die nur unter bestimmten Voraussetzungen gegeben werden sollen. Er bestimmt, daß die Reichsregierung nach Prüfung weiterer Ersparnismöglichkeiten auf dem Wege der Gesetzgebung alsbald ein Gesetz vorzulegen hat, das

entweder durch Beitragserhöhungen die Rückzahlung notwendig werdender Darlehen ermöglicht oder durch eine Reform des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellt oder zur Deckung der für die Darlehen aufzunehmenden Beträge dem Reich die notwendigen Mittel zuführt.

Wir ist nicht recht verständlich, wie so in gewissen Teilen der Presse, namentlich der demokratischen Presse, ein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß ich dieses Kompromiß nicht mitgemacht habe. Die Verschlechterung, die dieses Kompromiß Brüning-Meyer gegenüber dem ursprünglichen Kompromiß der Regierungsvorlage darstellt, springt doch in die Augen. Es bedeutet zunächst keinerlei Lösung der Schwierigkeiten, sondern lediglich eine Vertagung. Darüber hinaus weist es aber ungewidmetig den Weg des Leistungsabbaues; außerdem erscheint es mir geradezu absurd, wenn es eine Beitragserhöhung zu dem Zweck ins Auge faßt, um die bisherigen Darlehen, die die Reichsanstalt vom Reich erhalten hat, zurückzahlen. Daß die Reichsanstalt auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, Darlehen von dem Ausmaße, wie sie gewährt werden mußten, zurückzahlen, sollte doch jedem Einflichtigen klar sein. Bei der bürgerlichen Presse bin ich als verbohrt und eingelegiger Starckopf kritisiert worden, weil ich das Kompromiß nicht mitgemacht habe. Ich glaube auch jetzt noch, daß ich richtig gehandelt habe. Das Kompromiß Brüning-Meyer öffnet dem Leistungsabbau Tür und Tor. Sätte ich es als Reichsarbeitsminister mitunterzeichnet, so wäre auch dieser Abbau, falls er später erfolgt, der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben worden. Nunmehr, wo die Sozialdemokratie wieder in der Opposition steht, wird und kann — davon bin ich überzeugt — das Zentrum keinen Leistungsabbau vornehmen. Einmal kommt eben immer der Punkt, wo es heißt: „Bis hierher und nicht weiter“. Schon bei den Anfang des Jahres 1930 im Kabinett eingehenden Beratungen über die künftige Etagestaltung war dieser Punkt für mich beinahe erreicht, nämlich als beschlossen wurde, die Reichszuschüsse zur Familienwochenhilfe von 29 auf 15 Millionen Reichsmark zu kürzen und die der Invalidenversicherung als Reichszuschüsse zuzurechnende Beträge in Höhe von 22½ Millionen Reichsmark aus dem Teil des Aufkommens der Lohnsteuer zu decken, der nach der Leg. Brüning sowie der Invalidenversicherung zuzuführen mußte, also bei richtiger Betrachtung insoweit der Invalidenversicherung verlorengehen sollte. Damals habe ich mich, um die Koalition nicht zu sprengen, mit der Erklärung begnügt, daß ich es ablehne, diese ungerechtfertigten Streichungen im Reichstag zu vertreten. Und das habe ich auch abgelehnt für die vom Kabinett beschlossene durchaus ungenügende Höhe des Ausgabenansatzes für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge und die Kapitalbindung der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen. Aber bei der Arbeitslosenversicherung konnte ich einfach nicht mehr mitmachen. Wenn ich auch nicht verkenne, daß eine Reihe von Momenten unsern Austritt aus der Regierung gegenwärtig nicht erwünscht erscheinen ließ, so mußte doch die Sozialdemokratie das festerliche Gelöbnis des Parteitag von Magdeburg einlösen, an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln zu lassen. Daß die Arbeitslosenversicherung, ebenso wie die ganze deutsche Sozialpolitik, intakt bleibt, dafür wird die Sozialdemokratie auch in der Oppositionsstellung sorgen.

Rudolf Wissell.

Das Buchgewerbe im Ausland

Tschchoslowakei. Wie in andern Verbänden bereitet auch im tschchoslowakischen Verbands die Frage der Invalidenunterstützung nicht wenig Sorge, und sie wird daher in den Verbandsorganen recht eifrig erörtert. Ende 1928 gabste der Verband 281 Invaliden (2,84 Proz.), an die vom Verbandsverbande an ordentlich Unterstützung 612 590 Kr. ausgezahlt wurden. Zu dieser Verbandsunterstützung kommen aber noch die recht unterschiedlichen Unterstützungen seitens der vier Landesvereine (die zusammen den Verband bilden), und zwar Landesverein Böhmen 130 150 Kr. (554 Mitglieder, 152 Invaliden, auf 364 Mitglieder ein Invaliden, durchschnittlich 856 Kr. pro Jahr für jeden Invaliden an außerordentlicher Unterstützung), Landesverein Mähren 102 925 Kr. (1349 Mitglieder, 50 Invaliden, auf 27 Mitglieder ein Invaliden, durchschnittlich 2058 Kr. pro Jahr und Invaliden an außerordentlicher Unterstützung), Landesverein Schloffen 23760 Kr. (282 Mit-

glieder, 24 Invaliden, auf 11,8 Mitglieder ein Invalide, durchschnittlich 1166 Kr. pro Jahr und Invaliden an außerordentlicher Unterstützung) und Landesverein der Glomafel 73 535 Kr. (924 Mitglieder, 35 Invaliden, auf 26,4 Mitglieder ein Invalide, an außerordentlicher Unterstützung pro Jahr und Invaliden durchschnittlich 2101 Kr.). Aus der aus diesen Ziffern allein schon ersichtlichen recht unterschiedlichen Belastung der Mitglieder der einzelnen Landesvereine erklärt sich nun auch der verschiedne hohe Vereinsbeitrag, der in Böhmen 15 Kr. wöchentlich, in Wäthern 22 Kr., in Schlesien 20 Kr. und in der Glomafel 25 Kr. beträgt. Der Kopfbeitrag, den die vier Landesvereine für ihre Mitglieder davon an die Verbandsstelle abzuführen haben, beträgt einheitslich 7,40 Kr. wöchentlich. Nun hat sich der letzte Verbandstag der Notwendigkeit einer Neuordnung der allgemein als unzulänglich anerkannten Invalidenunterstützung nicht verweigert und das Versprechen gegeben, nach günstiger Beendigung des Tarifvertragsrevision an die Lösung dieser Frage zu schreiten. In Verfolg dieses Versprechens hat die Verbandsleitung Entwürfe für die zentrale Regelung der Invalidenunterstützung ausgearbeitet, und den Landesvereinen wurde vom Verbandsvorstand aufgetragen, sich bei den bevorstehenden Generalversammlungen mit der ab 1. Juli d. J. zahlbaren Erhöhung der ordentlichen Invalidenunterstützung zu beschäftigen. Diese Versammlungen haben sich auch mit dem weiteren Antrag des Verbandsvorstandes auf Gründung eines Invalidenfonds zur ausschließlichen Sicherung der Invalidenunterstützung zu befassen. — Die Journalistenorganisation beantragte in einer Zuschrift an das Justizministerium die Abschaffung des Konzessionszwanges für Buchdruckereien. In einer eingehend motivierten Zuschrift des Verbandsvorstandes spricht sich dieser gegen die angeregte Abschaffung des Konzessionszwanges aus.

Großbritannien. Wie in den übrigen europäischen Ländern, herrscht auch in Großbritannien starke Arbeitslosigkeit, von der auch das Buchdruckgewerbe sehr empfindlich betroffen wird. Die Statistik des Arbeitsministeriums für Januar war geradezu entmutigend im Vergleich zu derjenigen für den Vormonat. Von 261 130 verschuldeten Personen im Buchdruckgewerbe Britanniens und Nord-Englands waren 14 262 (9263 Männer und 4999 Frauen) gänzlich arbeitslos. Das bedeutet einen Zuwachs von 3462 Personen gegenüber dem Dezember 1920. Laut Berichten aus verschiedenen Druckorten der Provinz hatte sich die Lage im Februar zwar etwas gebessert, aber zufriedenstellend wird sie erst werden, wenn eine Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage Englands zu verzeichnen sein wird. — Um diese Jahreszeit gehen den meisten Gartenliebhabern in England (darunter befinden sich viele Buchdrucker) eine Menge von Druckfaden in englischer Sprache aus Holland zu, worin Spinneln, Blumen usw. angeordnet werden. Diese Druckfaden sind in Österreich, in der Schweiz, in Belgien und in geringem Grade in Deutschland hergestellt und von dort aus durch die Post zur Verbenbung gelangt. Mit Recht fragen sich die englischen Buchdrucker, weshalb die vielen Kataloge und Prospekte in englischer Sprache im Zustande gedruckt werden, wohingegen in England selbst Tausende tüchtiger Buchdrucker arbeitslos auf der Straße liegen. Nur ein paar Firmen in London sind mit solchen Arbeiten beschäftigt resp. darauf eingerichtet, den meisten andern scheinen sie nicht beizukommen zu sein. — Eine bekannte Persönlichkeit im Schriftgießergewerbe Englands, Frederick Wessels, feierte am 15. März sein 50jähriges Geschäftsjubiläum. Vor vielen Jahren war er in Deutschland in der Lehre als Schriftgießer und siedelte sich danach in Nottingham und London an, wo er seitdem einem sehr lukrativen Schriftgießereibetriebe vorsteht.

Ein Ausnahmegegesetz gegen die österreichischen Arbeiter

Zum erstenmal in der Geschichte der Republik Österreich haben die nun an der Macht befindlichen bürgerlichen Abgeordneten des Nationalrats Anfang dieses Monats ein ausgesprochenes Ausnahmegegesetz gegen die Arbeiter beschlossen. In diesem geächteten Klassegesetz wird den Arbeitern unter Androhung schwerer Strafen verboten, was den andern Staatsbürgern, den Unternehmern, straflos erlaubt ist.

Im Auftrage der Unternehmer, unter werktätiger Mitwirkung der paar christlichen und nationalen „Arbeitervertreter“ und unter Ausnützung der schon lange anhaltenden furchtbaren wirtschaftlichen Depression war ursprünglich geplant, hauptsächlich ein Gesetz zum Schutze der Buchdrucker in den Betrieben zu schaffen. Weiter sollten mit Hilfe dieses famosen Gesetzes die Kollektivverträge zertrennt, die Gewerkschaften gestört, die Widerstandsarbeit der Arbeiter gegen den Willkürdruck der Unternehmer gebrochen werden. Ging doch eine famulose selbst öffentlich diskutierte Theorie der Unternehmer dahin, die Löhne und die Sozialversicherung und insbesondere die Arbeitslosenversicherung so lange abzubauen, bis der letzte Arbeitslose wieder im Betrieb eingestellt ist.

Gegen diesen tödlichen Plan der Unternehmer und ihrer Trabanten, der bürgerlichen Abgeordneten in bürgerlicher Gemeinschaft mit den christlichen und nationalen „Arbeitervertreter“, setzten sich die wirklichen Vertreter der Arbeiter, die Sozialdemokraten, von 43 Proz. der Bevölkerung gewählt, in wochenlangen parlamentarischen Kämpfen zur erbittertesten Wehr, und es gelang ihnen auch, diesem Maßgegesetz wenigstens die allergrößten Giftgäpfe auszubrechen und selbst eine, wenn auch geringfügige Verbesserung des

Kollektivvertragsrechts und eine Stärkung der Stellung der Betriebsräte durchzuführen.

Was von dem teuflisch schlau erdachten und geschäftigen Plan der reiflos koalitierten Arbeiterfeinde nachfolgend, ist immerhin noch ein typisches Ausnahmegegesetz gegen die Arbeiter; sie nennen es „Antiterrorgegesetz“, sein offizieller Titel heißt „Gesetz betreffend den Schutze der Arbeits- und Versammlungsfreiheit“. Nach diesem soll der Arbeiter, der sich weigert, mit einem Gelben, mit einem Betriebsrat, mit einem schäbigen Schmarotzer, mit einem gekauften Agenten des Unternehmers zusammenzuarbeiten, eingesperrt werden. Der Arbeiter, der selbst durch eine Redewendung, die als eine „Einschüchterung“ umgedeutet werden könnte, einen Unorganisierten zu bewegen sucht, seiner Organisation beizutreten, die doch für ihn geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse schafft, soll eingesperrt werden. Mit diesem „Nützigkeitsparagrafen“ soll das Prinzip der „geschlossenen Werkstatt“ gebrochen werden. Kollektivverträge zwischen Arbeitern und Unternehmern, die bestimmen, daß im Betriebe nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen, sind nach diesem famosen Gesetz unzulässig; es sind aber im ganzen Bundesgebiet nur einige wenige Verträge, die diese Bestimmung enthalten. Schließlich ist es dem Unternehmer bei Strafe untersagt, Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn in Abzug zu bringen, was gleichfalls nur ganz vereinzelt der Fall war und nur gegen schriftliche Zustimmung des Arbeiters oder Angestellten geschah.

Es versteht sich, daß die wirklichen Interessenvertreter der Arbeiter, die Sozialdemokraten, bei Beratung dieses Gesetzes die Aufnahme und Anwendung der gleichen Strafbestimmungen auch für die Unternehmer bei Verübung der gleichen Delikte beantragten. Sie verlangten, die heute noch mehr als in der Monarchie wieder aufsteigenden schwarzen Listen der Unternehmer — mit welchem Mittel die Arbeiter und Angestellten bis zum Niederknien verfolgt werden — durch Androhung von Strafe zu verbieten; sie beantragten ferner, den Organisationszwang der Unternehmer unter dasselbe Recht zu stellen wie den Organisationszwang der Arbeiter; schließlich beantragten die Arbeitervertreter, den Gewerkschaftsorganisationen dieselben Rechte zu gewähren, welche den Organisationen der Unternehmer, der Bauern, der Ärzte, der Advokaten, der Böhmer, der Apotheker und vieler anderer, freilich nichtproletarischer Berufe, eingeräumt sind. Alle diese Anträge, die nur die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger im Auge hatten, wurden von den bürgerlichen Parteien in brüderlicher Eintracht mit den christlichen und nationalen Arbeitervertretern niedergestimmt. So wird nur der Arbeiter unter die schwere Strafe von einer Woche bis sechs Monate strengen Arrestes gestellt für „Delikte“, die dem Unternehmer straflos erlaubt sind. Selbst der Hinweis auf die vor dem Reichstag stehende Schaffung eines gemeinsamen Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich und Österreich, durch die die Aufstellung neuer strafbarer Tatbestände für Österreich doch überflüssig erscheint und der vollen Bewirkung der Rechtsgleichheit nur abträglich ist, vermochte die Arbeiterfeinde von ihrer Absicht nicht abzubringen. Mit diesem Ausnahmegegesetz ist die Gleichberechtigung aller Staatsbürger aufgehoben und so die Grundausfassung der Verfassung, wonach alle Bürger vor dem Gesetze gleich sind, auf das schwerste erschüttert.

Die bürgerlichen Parteien und ihre Presse, aber auch die nationalen und christlichen „Arbeitervertreter“ frohlocken; sie alle aber werden eine um so größere Enttäuschung erleben. Nur zu bald werden sie erkennen müssen, daß ihnen dieses Ausnahmegegesetz nur Schande, niemals aber einen Nutzen bringen wird; die mit diesem Gesetz beabsichtigte Schwächung der verhassten freien Gewerkschaften werden sie nicht erreichen, obwohl die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterklasse durch das Gesetz zweifelslos wesentlich beeinträchtigt wird.

Die österreichischen Arbeiter werden den bürgerlichen Parteien und erst recht ihren Trabanten, den christlichen und nationalen „Arbeitervertretern“, dieses Ausnahmegegesetz niemals vergessen!

Korrespondenzen

Bretten. Den Mittelpunkt unserer gut besuchten Bezirksversammlung am 29. März bildete ein Referat des Bezirksvorsitzenden Kollegen Maier (Karlsruhe), der in ausführlicher Weise den Verlauf der Mantelkartierhandlungen schilderte. Das Resultat ist für uns zwar nicht das erhoffte, aber den heutigen Konjunkturstand entsprechend müssen wir uns damit zufriedengeben. Der zweite Punkt des Abends bildete ein vom Ortsverein veranstalteter Vortragsabend, der durch den Lehrlingsleiter, Kollegen Capiet, geleitet wurde. Selbiger gab die Kritik und die Preise bekannt. Es erhielten die besten Arbeiten je einen ersten und zwei zweite Preise. Das Ganze sollte ein Ansporn an fleißigen Schaffen im Lehrlingswesen sein und fand allgemeine Anerkennung. Nach Erstattung des Kartellberichts und lebhafter Diskussion fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Witz. In unserer gut besuchten Versammlung am 5. April konnte Vorsitzender Witz unsern Bezirksvorsitzenden Maier (Karlsruhe) begrüßen, desgleichen die Kollegen von Witz, die auf unsere Einladung hin zahlreich erschienen waren. Das Referat des Kollegen Maier, „Der neue Mantelkartier“, fand lebhaftes Interesse. Er verstand es, über jeden einzelnen Punkt genaue Erklärungen abzugeben, wofür ihm die Kollegen sehr dankbar waren. Starker Beifall besahnte ihn, und Kollege Witz dankte ihm im Namen des Ortsvereins, desgleichen Vorsitzender Bernerfeld für den Ortsverein Witzern. Die nächsten Punkte, „Neuaufnahmen“ und „Verchiedenes“, wurden rasch erledigt. Kollege Böhle wies auf die Vorteile

der Volksfürsorge hin. Mit dem Lied „Typographia“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

Dresden. Für den 3. April war eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen worden, weil sie von 374 Kollegen des Dresdener Buchdruckervereins beantragt worden war. Dieser Antrag lautete: „Die Versammlung erklärt den Ausschluß der Kollegen Schuster und Weinert als nicht vollzogen.“ Diese beiden Kollegen waren in der Mitgliedschaftsversammlung vom 5. Februar mit 170 gegen 149 Stimmen aus dem Verband ausgeschloffen worden, weil sie an dem sogenannten revolutionären Gewerkschaftskongress in Berlin als Delegierte teilgenommen waren. Kollege Beyer als Mitantragsteller begründete den Antrag damit, daß nach seiner Meinung bei dem damals herrschenden Tumult die Stimmenaushöpfung nicht einwandfrei vor sich gegangen sei, so daß er das Resultat anzweifeln müsse. Auch habe man dem Kollegen Schuster nicht das Wort zu seiner Verteidigung gegeben. Jetzt sei man dazu übergegangen, von oben herab die politische Maßregel der Mitglieder einzuführen und durchzuführen. Er beantragte deshalb, um die Abstimmung ganz zweifelsfrei durchzuführen zu können, Stimmentauschzahlung. Kollege Röhrl führte als zweiter Redner aus, daß es hier um die politische Frage gehe. Es sei aber ungerathen, Kollegen auszuschließen, die weiter nichts getan hätten, als einen Kongress besucht zu haben. Der § 1 unseres Verbandsstatuts schreibt politische Neutralität vor. Kollege Schuster erwiderte ihm, daß hier keine politischen Ausschüsse getätigt wurden. Vielmehr seien die Kollegen vor Statuten des revolutionären Kongresses gewarnt worden, diesen zu besuchen, weil sich die angeklagten Ausschüsse und Maßnahmen nur gegen die freien Gewerkschaften und deren Führer richten sollten und konnten. Es war von der Verbandsleitung angekündigt worden, daß die Teilnehmer dann auch die Konsequenzen auf sich nehmen müßten. Das ist dann logischerweise eingetreten. Wenn man nun darüber so entrüstet tut, so muß man doch einmal auf die KPD verweisen. Dort seien Ausschüsse auf Ausschüsse zu beobachten. Demgegenüber sind die Gewerkschaften sehr tolerant, vielleicht zu tolerant gewesen. Jetzt sei nun endlich unsere Gebuld zu Ende. Wenn Kollege Breyer hier behauptet habe, Schuster sei in der Februarversammlung nicht zu Worte gekommen, so stimme auch das nicht. Der Kollege Schuster habe sich vielmehr in einer langen Rede und in sehr ausführlicher Weise verteidigt. Gegen den Kollegen Schuster ist auch kein Material nachträglich zusammengetragen worden, wie das hier behauptet würde. Es geht nicht um die Person, sondern um die Sache. Kollege Röhrl führte aus, daß heute von der Opposition alles als furchtbar harmlos hingestellt werde. Er habe in der Februarversammlung dem Kollegen Schuster eine Biode hauen wollen, die aber von Schuster und seinen Freunden bewußt zerört worden sei. Aus diesem Grunde seien dann natürlich auch die milderen Urteile hinfällig gewesen, für die er zunächst plädiert habe. Kollege Cerdz zitierte Aussprüche des Hauptreferenten vom revolutionären Gewerkschaftskongress und machte über die Zusammenfassung dieses Kongresses nähere Angaben. Die Kollegen Maier und Böhle sahen sich für den Kollegen Schuster ein und bezeugten ebenfalls das Abstimmungsresultat der Februarversammlung. Kollege Böhle stellte seinen Ausschlußentwurf dar, daß nach der „Indignität“ nicht gegen die freien Gewerkschaften aufzutreten dürfe, sondern man müsse sie wadrütteln und für uns zu gewinnen versuchen, damit die Gewerkschaften auf breiter Basis als jetzt mit uns als Ganzes zusammengefaßt würden. Leider geht hierauf die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht ein, sondern sie schüttelt alles mit Wrasen durcheinander, um den Vormarsch der Arbeiterklasse dadurch aufzuhalten, sie spaltet, statt einzureihen. Da nun alles nicht mehr zichen will, hat die Rote Gewerkschaftsinternationale eine neue Taktik aufgezogen. Sie beruft sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsaktionen ein, um damit die freien Gewerkschaften zu Ausschüssen zu zwingen. Damit glaubt sie, einen geeigneten Resonanzboden gefunden zu haben für ihre Bestrebungen, weil naturgemäß der Ausschluß stets eine unangenehme Sache für alle Mitglieder ist. Man muß also diese Taktik erkennen und auseinanderhalten, daß es sich für uns nicht um Personen, sondern um ein System handelt. Es ist höchste Zeit, hier energig Halt zu gebieten, damit diese Machenschaften dem Buchdruckerverband nicht zum Schaden gereichen können. Auch in Sportbund habe man ähnlich gearbeitet, wenn auch der Schaden zum großen Teil wieder wettgemacht worden sei. Sorgen wir auch bei uns dafür, daß der Vormarsch wieder frei werde zum Gegen der gesamten Arbeiterschaft. Es wurde Schluß der Debatte beantragt und mit großer Mehrheit angenommen. Kollege Schuster wurde die Versammlung, die Abstimmung durch Hammelsprung vorzunehmen, weil eine Stimmentauschzahlung zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde und das Resultat auch nicht immer einwandfrei sei, wenn man die mögliche Abgabe weißer Stimmentafel in Betracht zöge. Damit erklärte man sich einverstanden, auch damit, diese Abstimmung gleich mit für den Kollegen Dierdt gelten zu lassen, der an einem Bezirkskongress in Chemnitz teilgenommen hat. Nach einem Schlußwort des Kollegen Beyer, der nochmals für die Betreffenden eintrat, erfolgte die Abstimmung. Sie ergab eine überwältigende Mehrheit für Ausschluß der drei genannten Kollegen. Der Antragsteller, Kollege Beyer, gab zu, daß eine Auszahlung unterbleiben könne, da das Resultat ganz zweifelsfrei zu erkennen war. In der Versammlung waren etwa 1000 Kollegen anwesend.

Gießen. (M a s c h e n e r.) Am 23. März hielt unsere Bezirksvereinigung ihre diesjährige Hauptversammlung in Gießen ab, die einen guten Verlauf zu verzeichnen hatte. Kollege Braun als Vorsitzender eröffnete diese mit der Wiedergabe des Geschäftsberichts; Kollege Wenig gab anschließend den Kassenbericht. Die über beide Punkte eingehende Diskussion brachte neue Anregungen, so z. B. in Zukunft den Geschäftsbericht mit statistischen Material weiter auszugestalten. Schorf kritisiert wurde das Verhalten eines Kollegen aus dem Bezirk, der trotz großer Arbeitslosigkeit seiner Kollegen sich dazu hergegeben haben soll, Überstunden in größerem Ausmaß zu leisten. Dem Kassierer wurde für mühselgütige Geschäftsführung der Dank der Versammlung und einstimmig Entlastung zuteil. Sodann erfolgte eine Neuaufnahme. Hierauf wurde vom

Vorsitzenden der Bericht von der Frankfurter Hauptversammlung gegeben, dem sich eine Aussprache über die Manteltarifverhandlungen anschloß. Besonders der letztere Punkt rief eine äußerst lebhafteste Debatte über das Für und Wider hervor. Der Vorstand blieb bei der per Affirmation erfolgten Neuwahl in alter Besetzung. Der nächste Punkt brachte das Thema „Technischer Sonntag“. Nach reichlicher Aussprache setzte man einen solchen für den 27. April an. Er wird in der Zeitungs-Technikmaschinenabteilung des „Gießener Anzeigers“ in Gießen abgehalten werden. Zwei Kollegen haben in bereitwilligster Weise Referate über den „Typograph“ und ein Kollege ein solches für die „Dinotype“ übernommen. Es steht somit ein in technischer Hinsicht hochstehender Sonntag in Aussicht, dessen Besuch den Kollegen nur aufs Beste empfohlen werden kann. Zum Schluß wurden noch interne Angelegenheiten unter „Verschiedenem“ erledigt.

Glogau (Handseher.) Nachdem am 10. Januar d. Js. die Gründung unserer Vereinigung vollzogen worden war, fand am 9. März unsere erste Versammlung statt. Sie hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Taube begrüßte im besonderen den Vorsitzenden der Korrektorensparte, Kollegen Klinger. Unter „Geschäftlichem“ wurde bekanntgegeben, daß Begrüßungsschreiben zur Gründungsversammlung von den Handsehervereinigungen Kiegnitz, Waldenburg, Grünberg, der Zentralkommission sowie von Breslau eingegangen sind. Der Mitgliederbestand ist bereits auf 45 angewachsen. Nachdem der Kassenbericht gegeben wurde, sprach Kollege Kuschan über die bevorstehenden Betriebsratswahlen sowie über die Maifeier und über eventuell abzuhaltende Vorträge in der Handsehervereinsung. In den Sommermonaten stehen Besichtigungen und Ausflüge in Aussicht. Ein Mitglied wurde neu aufgenommen. Am 1. April wird ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben. Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen noch einige Stunden gemüßlich beisammen.

Görlitz (Verteilschreiber.) Einen interessanten Vortrag über die wichtigsten Bestimmungen in der Kranken- und Invalidenversicherung hielt in der Januarversammlung Arbeitsleiter Kollege Rebeck. Die gesetzlichen Bestimmungen, besonders der Invalidenversicherung, sind so vielseitig und teilweise so unbekannt, daß eine mündliche Erläuterung aus diesem Munde mühenswert und überaus nötig ist. — In der Februarversammlung konnten wir unseren Gauvorsitzer Friedler begrüßen, der ebenfalls einen gutgemachten Vortrag über Betriebsratgesetz und Arbeitsgericht“ hielt. Seine Ausführungen waren ungemein lehrreich und in der jetzigen Wählgzeit beachtenswert. Eine den Gaumitgliedern vor kurzem zugegangene Broschüre über diesen Vortrag ist ein zuverlässiger Wegweiser bei der Wahl von Betriebsräten. Bezugnehmend auf den Antrag eines Mitgliedes, der die katastrophale Arbeitslosigkeit betraf, wurde folgende Entscheidung an den Ortsausschuß des ADGB. einstimmig angenommen: „1. Verkürzung der Arbeitszeit; 2. Gesetzliches Verbot jeglicher Überarbeit; 3. Reform der Sozialgesetzgebung; 4. Herabsetzung der Invalidengrenze auf 60 Jahre; 5. Maßnahmen gegen die Doppelverdiener; 6. Aufnahme von ausländischen Anleihen zur Velebung der Wirtschaft.“ Neben dem Vorsitzenden Kroh nahm noch Kollege Friedler das Wort zu all diesen Forderungen und betonte, daß diese dauernd von den deutschen Instanzen im Parlament gestellt würden, jedoch sei ihre Position immer noch zu schwach, um die Hindernisse zu überwinden. Es fehle zur Verwirklichung dieser Wünsche auch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft selbst. — Die Versammlung im März befaßte sich mit den von den Tarifparteien gestellten Anträgen zu den Manteltarifverhandlungen. Vorsitzender Kroh besprach diese eingehend. Für die Arbeitslosen am Ort wäre es ratsam, die Versammlungen besser zu besuchen, zumal ihnen keinerlei Kosten erwachsen. — Das Resultat der Manteltarifverhandlungen wurde in einer außerordentlichen Versammlung am 10. März eingehend behandelt. Aus der Diskussion ist hervorzuheben das Bedauern über den Mangel an sozialem Verständnis der Prinzipalvertreter hinsichtlich Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der Tausende unfreiwillig Feiernden. Wenn auch der neue Tarif nicht die Erfüllung vieler Wünsche, teilweise sogar einige Verschlechterungen bringt, so können wir doch unsern Vertretern für ihre wochenlange aufreibende Tätigkeit unsern Dank und Anerkennung aussprechen. Aber die gegenwärtigen Lehrprüfungen berichtete Kollege Hirsch. Es sei unglaublich, mit welchem minderwertigen fachtechnischen Kenntnissen mancher Kandidat zur Prüfung käme. Verantwortlich dafür seien gewissenlose Prinzipale, denen durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen in Zukunft das Handwerk gelegt werden dürfte.

Heidelberg. Unsere Hauptversammlung am 23. März erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Es waren Kollegen aus den Druckorten Heidelberg, Mosbach, Adelsheim, Buchen, Wertheim, Taubertal, Weinsheim, Wiesloch u. a. in großer Zahl erschienen. Einen würdigen Auftakt bildete der von der Selbsteinsparungskasse „Typographia“ gesungene, mit Beifall aufgenommene Chor „Heil Gutenberg“. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten erhaltete Kollege Kuschan den Jahresbericht. Je schlechter die Konjunktur, desto größer die Reibungsflächen in den Betrieben. An Auseinandersetzungen vor den Arbeitsgerichten hat es deshalb im Jahre 1929 nicht gefehlt. Die Spartenarbeit nahm einen erfreulichen Aufschwung. Sehr ersprießliche Arbeit wurde auch in den vom Bildungsverband an der Gewerkschule veranfaßter Fachkursen geleistet. Bezirkskassierer Maurer erläuterte sodann den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Der angedeutete Punkt der Tagesordnung betreffs Auflösung der über 100 Jahre bestehenden Zuschußkrankenkasse „Typographia“ ließ die Gemüter mancher Bezirksvereinsmitglieder aus dem Gleichgewicht kommen. Es war damit einem Verbandstagsbeschlusse Rechnung zu tragen, was zur Folge hatte, daß die von den Mitgliedern gestellten Anträge unter den Tisch fallen mußten. Der Antrag des Bezirksvorstandes, die Kasse am 31. März 1930 aufzulösen und das vorhandene Kassenvermögen als Unterstützungsfonds für unze Invaliden und durch Krankheit und Arbeitslosigkeit in Not geratene Mitglieder zu verwenden, wurde mit Zweidrittel-Mehrheit in seiner Grundform angenommen. Die Neuwahl des

Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Wunderlich in Leipzig
Eingetretten: 23. April 1870 — Jetzt Invalide

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Joh. Max Schmidt in Leipzig
Eingetretten: 24. April 1880
Jetzt Invalide



F. Bäcker in Raumburg (S.)
Eingetretten: 24. April 1880
Jetzt Invalide



Wilhelm Kantelehardt in Weende bei Göttingen
Eingetretten: 26. April 1880 — Jetzt Invalide



Wolf Born in Erlangen
Eingetretten: 25. April 1880
Jetzt Invalide



Adolf Engl in Regensburg
Eingetretten: 25. April 1880
Jetzt Invalide

Vorstandes brachte im wesentlichen kein neues Bild. Der Vorsitzende der Wahlkommission, Kollege Jakob, würdigte die Verdienste des bisherigen Bezirksvorsitzenden und kam zu der Feststellung, daß es für den Bezirksverein Heidelberg auch im neuen Geschäftsjahre keinen besseren Vorsitzenden geben kann als Kollegen Kuschan. Dieser wurde auch allein als Vorsitzender in Vorschlag gebracht und per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Für den freiwillig zurückgetretenen zweiten Vorsitzenden wurde eine Ersatzwahl vorgenommen. Allen übrigen Vorstandsmitgliedern wurde ihr bisheriges Amt einstimmig wieder übertragen. Neu hinzu kam noch ein dritter Revisor. Unter „Verschiedenem“ faßte man den Beschluß, das diesjährige

Johannisfest in Eberbach zu feiern, was bei den Kollegen des Hinterlandes besonderen Anklang fand. In seinem Schlußwort dankte der Vorsitzende den Kollegen für ihr Aushalten und forderte zu größerer Anteilnahme am Organisationsleben auf. Der Generalversammlung war vom Bildungsverband eine Ausstellung der Arbeiten aus den Fachkursen angegliedert worden, der die Freude zum Beruf das Gepräge gab.

Kaiserslautern. Unsere diesjährige Bezirks-Hauptversammlung fand am 23. März hier statt. Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen gab Kollege May einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. In diesem wurde die von Quartal zu Quartal immer mehr ansteigende Arbeitslosigkeit besonders hervorgehoben. Anschließend an den Kassenbericht konnte zur Erledigung der nächsten Punkte, die eine Änderung des Bezirksstatuts, eine Hilfsaktion für einen verunglückten Kollegen und die Abhaltung des Johannistages vorschlagen, gesritten werden. Alles wurde im Sinne der gestellten Anträge geregelt. In Anbetracht des 60jährigen Bestehens des Bezirks im Jahre 1931 wurde der Antrag, das Jubiläum im Rahmen des Dritten Pfälzischen Buchdruckerages zu begehen, einstimmig angenommen. Hierauf ging Kollege May auf die neuen Bestimmungen des Manteltarifs näher ein und gab bekannt, daß die neue Fassung von der Kollegenchaft im Gau Mittelrhein mit großer Mehrheit angenommen worden sei. Die Verlesung der Präsenzliste ergab, daß die Versammlung von über einem Drittel der Mitglieder besucht war. — Der Bildungsverband vernünftigte die Versammlung mit einer Auslegung des Neujahrstaraustauschendes und des Wettbewerbs der Wurmstark-Institute für Buchdruckerei; ferner wurde eine Anzahl Bücher der Büchergilde Gutenberg ausgelegt, und der Vorsitzende wies in kurzen Ausführungen auf den Tag des Buches hin, unter besonderer Berücksichtigung der Büchergilde Gutenberg.

Kiel. Unsere Versammlung mit Damen am 25. März wies leider einen sehr schwachen Besuch auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende eines verstorbenen Kollegen. Sodann wurden einige örtliche Mißstände gerügt. So waren in zwei Druckereien unerlaubte Überstunden gemacht worden. Bei der Nachprüfung ergab sich aber, daß unsere Kollegen schuldlos waren, da es sich um behördliche Arbeiten mit äußerst kurzfristigen Liefertermin handelte. Ein Vorkstellwerden des Vorstandes bei den maßgebenden Stellen führte zu dem Erfolg, daß versprochen wurde, diesen Überstunden zu beistehen. Sodann erhielt Herr Tschiff das Wort zu seinem Vortrage „Zweck und Ziel der Schulpolitischen Vereinigung“. Ausgehend von der Gründung der ersten Klosterschulen schilderte er das Wesen der Schule bis zur Jetztzeit. Dann zeigte er, wie sich nach der französischen Revolution die ersten Ansätze zur kapitalistisch-individualistischen Weltanschauung bildeten, wie sie erstarrten und durch die Schule noch gefördert wurden. Wie durch das Streben nach der Höchstleistung, dem ersten Platz in der Klasse, und durch das Unterbinden des gegenseitigen Helfens, indem es zum Betrug gestempelt wurde, jeder Gemeinschaftsgedante in den Kindern getötet und der krafftige Egoismus großgezogen wurde. Redner erklärte auch so das häufig unkollegiale Verhalten der Arbeiter untereinander als Auswirkung dieser Erziehung. Jetzt sei es höchste Zeit, hiermit Schluß zu machen. An allen Orten regte sich die neue kollektivistische Lebensauffassung und sei nicht zurückzufallen, nur die Schule hinten hinter lassen. Zwar seien Versuche, sich davon freizumachen, schon seit längerer Zeit im Gange, so die Arbeiterschule usw., aber das sei nichts Grundlegendes. Ganze Arbeit müsse gemacht werden.

Köln (Drucker.) In unserer Versammlung am 23. März referierte Kollege Walter Geil (Berlin) von der Zentralkommission über „Druckersparte und Tarifverhandlungen“. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und der vielen Klausur, die ein großer Teil der Kölner Kollegen zu haben glaubt, hätte die Versammlung besser besucht sein können. Die Vorsitzenden der meisten Nachbarkreise sowie Gauvorsitzer Köpfer und Bezirksvorsitzender Janzen waren anwesend. Zunächst sprach Kreisvorsitzender Köpfer über den Zweck der Wanderversammlungen und über den Bericht der Wanderverammlung in Duisburg im „Korr.“. Er nannte es ungewürdigt, wenn man in Duisburg die Tätigkeit des Kreisvorsitzenden kritisiert, ohne diesen einzuladen, um sich rechtfertigen zu können. Dann erhielt der Referent das Wort. Er gab einen geschichtlichen Rückblick über die Spartenbewegung und führte den Kollegen den Werdegang der Druckerpartei sehr interessant vor Augen. Besonders nach der Staatsumwälzung, als die Gewerkschaften ein größeres Betätigungsfeld als eigentliche Träger des kollektiven Arbeitsrechtes erhielten, waren es die Sparten, die dem Verbands eine Teil der Arbeit abnahmen. Gerade die Sparten seien dazu berufen, darüber zu wachen, daß die tariflichen Erwerbschaften eingehalten würden. Die große technische Umwälzung im Druckgewerbe habe manchen Kollegen zur Sparte geführt, weil er eingesehen hat, daß hier das Technische mit in erster Linie gepflegt wird. Aber noch viele ständen abseits. Dann kam Kollege Geil auf den Gang der Tarifverhandlungen zu sprechen. Er schilderte die überaus schwierigen und hartnäckigen Verhandlungen und man kam zu der Einsicht, daß unsere Vertreter mit großer Fähigkeit manchen Ansturm der Prinzipale abgelehnt haben. In der Diskussion beteiligten sich zahlreiche Kollegen. Einige sahen den Erfolg als sehr minimal an. Im allgemeinen gipfelten die Ansichten jedoch darin, daß man bestrebt sein müsse, die Sonderbestimmungen unter allen Umständen strikte einzuhalten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Versammlung unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Abschluß des Manteltarifs einverstanden erklärt und den Vertretern der Zentralkommission das Vertrauen ausspricht. Ferner wurde noch folgende Resolution angenommen: „Die am 23. März in Köln tagende Druckerversammlung, besucht von der Kölner Gewerkschaft und den Vertretern der Drucker von Weimand und Westfalen, lehnt die von der Heidelberger Schnellpressenfabrik ausgeschriebenen Preisausgaben ab. Sie erklärt in dem Preisausgeschrieben kein geeignetes Mittel, für Heidelberger Druckapparate Neklame zu machen. Die Versammlung befristet vielmehr, daß die Gier nach den ausgeschriebenen 100 M. und die Notordrucht zu unwarzen Angaben auf dem der Fabrik zugefandenen Arbeitszettel führen wird, die sich dann

in der Praxis nicht ausführen lassen und dadurch die Kollegen in den Betrieben schädigen, weil es auf die Dauer zu Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Gehilfen führen muß.

Leipzig. (Handseher.) Den Höhepunkt unserer Vertikalmung am 20. März bildete der Bericht des Kollegen Wolfram über die Tarifverhandlungen (Sonderbestimmungen der Handseher). Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde unsres so plötzlich verstorbenen Kollegen Adolf Bogenitz ehrend gedacht, der sich um die Handseherbewegung besonders verdient gemacht hat. Nach Bekanntgabe einiger Vereinskommunikationen (u. a. Arbeitsprogramm für das laufende Geschäftsjahr) nahm die Versammlung den Bericht über die Mantelartfischerhandlungen und Anlage A entgegen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Änderung des § 3 Abs. 7 ein Erfolg der Tätigkeit der Handsehervereinigungen sei. Die wenigen Verbesserungen im Mantelartfisch und Anlage A mußten im Hinblick auf die für uns äußerst ungünstige Arbeitsmarktlage mit in Kauf genommen werden. Galt es doch diesmal, die vielen Verschlechterungsanträge der Prinzipale abzuwehren. Aus der Mitte der Versammlung kam noch der Vorschlag, das Kapitel „Leistung und Lohn“ auch in den Betriebsversammlungen zwecks weiterer Aufklärung im Interesse unrer Arbeitslosen zu behandeln. Einige Informationen für das spätere kollegiale Zusammenarbeiten mit den Maschinenführerkollegen auf Grund des gebänderten § 3 Abs. 7 bildeten den Schluß der Versammlung.

Leipzig. (Schriftgießer.) Eines guten Besuchs hatte sich unser Generalexekutive am 27. März zu erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Gedächtnis der verstorbenen Kollegen Bogenitz (Leipzig) und Stulle (Stuttgart) geehrt. Obwohl der Jahres- und Kassensbericht den Mitgliedern gedruckt vorlag, registrierte der Vorsitzende nochmals kurz die wichtigsten Merkmale aus dem vergangenen Geschäftsjahr. Viel Erfreuliches war es leider nicht, was zu berichten war. Vor allen Dingen die gesamte niederdrückende Wirtschaftslage und das besondere Dauterliegen unres Gewerbes brachte nichts als Kurzarbeit und leider auch viele Entlassungen, so daß das ganze Jahr hindurch ein großer Protesttag unrer Mitglieder arbeitslos am Plage war. Die schon erwähnte Kurzarbeit ist zu einer ständigen Erscheinung geworden. Schwereger Abfall nach dem Auslande und nicht zuletzt die sich immer mehr verbreitende stark verbesserte Schmalzmaschine trug zu dieser Katastrophe noch bei. Auch der Zusammenbruch der Großbetriebe macht viele Arbeitsplätze überflüssig. Das Tarifschlichtungsgericht hatte sich mit einigen strittigen Fällen zu beschäftigen, im übrigen sind die tariflichen Verhältnisse als geordnete zu bezeichnen. Die Arbeiten und Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses wurden nochmals kurz skizziert und schluß, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und zu handeln. Ausführender behandelte der Vorsitzende das Lohnabkommen sowie den Stichtarif. Es war leider nicht möglich, auf der einen oder andern Seite Verbesserungen zu erzielen. Die Mitgliederzahl ist auf Grund der großen Arbeitslosigkeit etwas zurückgegangen, damit im Zusammenhang steht ein kleines Defizit gegenüber dem Vorjahr. Immerhin ist der Stand der Kasse als zufriedenstellend zu bezeichnen. Ohne jede Veränderung wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollegiales Zusammenarbeiten mit dem Bauvorstand und den übrigen Sparten und der Zentralkommission zeitigte Gemeinschaftsgeist und den Willen, trotz aller Not die Kollegenchaft zu stützen und den Gedanken der Organisation hochzuhalten.

Leipzig. Am 30. März in Schopfheim abgehaltene Bezirks-Generalexekutive hatte einen mittelmäßigen Besuch aufzuweisen. Kaum die Hälfte der Mitgliedschaft hatte der Einladung des Bezirksvorstandes Folge geleistet. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte man einen vollständigen Besuch erwarten dürfen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende eines verstorbenen Kollegen. Außer unrem Gewerbetreibenden Sandfort konnte der Vorsitzende auch einige Kollegen von Basel begrüßen. Nach Erledigung des Geschäfts- und Kassensberichts wurde zur Wahl geschritten, die rasch erledigt war, indem der Bezirksvorstand in seiner bisherigen Zusammenetzung per Affirmation wiedergewählt wurde

mit Peter Cerrfas als Vorsitzendem und August Heuser als Kassierer an der Spitze. Sodann gab Kollege Sandfort einen Überblick auf die Verhandlungen des Mantelartfisch. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, mit denen unrer Gehilfenvertreter in Anbetracht der schlechten Wirtschaftslage zu kämpfen hatten, gab man sich mit dem, was erreicht wurde, zufrieden, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt wurden. Das Beweiserliche ist, daß eine Arbeitszeitverkürzung nicht erreicht werden konnte, um unrem auf dem Platze liegenden Kollegen Arbeitsgelegenheit zu geben. Aber wenn auch der Tarif weit hinter unrem Erwartungen zurückbleibt, so haben wir doch keinen Grund, der Zukunft mutlos entgegenzusehen, denn auf Regen folgt Sonnenschein. Wir bleiben einig und dadurch stark im Kampf mit unrem Gegnern und stellen uns geschlossen hinter unrer Führer. Die Debatte, an der sich auch der Präsident der Sektion Basel im Schweizerischen Typographenbund beteiligte, bewegte sich in ruhigen Bahnen. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Zellner (Freiburg) über die Gründung einer Handsehervereingung erklärten sich einige Handseherkollegen zum Beitritt. Freudig begrüßt wurde das vom Kollegen Sandfort für das nächste Jahr in Aussicht gestellte internationale Johannistfest in Basel.

München. Die hiesige Städtische Berufsbildungsschule für Buchdrucker versammelte am 8. April im überfüllten Festsaal ihre zur Entlassung kommenden Schüler zu einer eintrudsvollen Schlussfeier. Stimmungsvoll wurde der Abend durch ein Streichquartett eingeleitet. Hierauf folgten Lieder zur Naute. Für den erkrankten Direktor begrüßte nun dessen Stellvertreter, Herr Studienrat Willa, die Gäste, Schüler und Lehrkräfte; dankte der Stadtbekanntmachung und dem Verein Münchener Buchdruckerbesitzer für ihre großzügige Unterstützung und wolle nach einer Ansprache die eigentliche Preisverleihung der Schüler. Einer größeren Anzahl Schüler konnten für hervorragende Leistungen Diplome und Geldpreise verliehen werden. Zu diesem Zweck waren von mehreren Korporationen, u. a. vom Bildungsverband, Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden. Rang durch die eintrudsvollen Abschiedsworte an die zukünftigen Gehilfen ein erster Unterton, so verdrängten die darauf folgenden humorvollen Erzählungen und Lieder die Abschiedsstimmung und verbreiteten Hoffnung und Heiterkeit. Mit einem Intermezzo aus der Oper „Carpantier“ fand die wohlgeleitete Entlassungsfeier einen würdigen Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Ausschuh für internationale Nationalisierungsfragen. Beim Reichsministerium für Wirtschaftspolitik wurde kürzlich ein Ausschuh für internationale Nationalisierungsfragen gebildet. Aufgabe dieses Ausschusses soll es sein, dem Reichsministerium für Wirtschaftspolitik Richtlinien für Eingliederung in die internationale Bewegung zu geben. Insbesondere soll der Ausschuh die Vertretung der deutschen Interessen gegenüber ausländischen und gegenüber internationalen Nationalisierungsstellen übernehmen. Als Vertreter der Gewerkschaften gehört Kollege Peter Graßmann dem neugestalteten Ausschuh an.

Bibliotheksbekände, deutscher Großstädte. Auf dem ersten Internationalen Bibliothekskongress in Rom war kirchlich eine von der Deutschen Bibliothek bearbeitete Bibliothekskarte ausgefüllt, die die Bibliotheksbekände der größeren Städte Deutschlands darstellte. Danach steht Berlin mit 9360 000 Bibliotheksbänden an der Spitze; es folgen München mit 4 280 000, Leipzig mit 3 130 000, Dresden mit 1 890 000, Hamburg mit 1 870 000, Stuttgart mit 1 400 000, Frankfurt a. M. mit 1 280 000 und Breslau mit 1 280 000. Betrachtet man die Bibliotheksbekände im Verhältnis zur Bevölkerung, so ergibt sich ein andres Bild. Dann hat München die Führung; hier kommen nicht weniger als 6,2 Bände auf einen Einwohner. An zweiter Stelle steht Leipzig mit 4,6 Bänden. Dann folgen Stuttgart mit 4, Dresden mit 3,1, Frankfurt a. M. mit 2,7, Berlin mit 2,3, Breslau mit 2,2 und Hamburg mit 1,6 Bänden. Insgesamt entfallen in Deutschland auf 60 Millionen Einwohner

54 Millionen Bibliotheksbände, also auf jeden Einwohner 0,9 Bände.

Faltboot- und Photoausstellung in Leipzig. Wie uns von der Ortsgruppe Leipzig im Touristenverein „Die Naturfreunde“ zwecks Veröffentlichung mitgeteilt wurde, findet in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 eine Faltboot- und Photoausstellung in den Ausstellungsräumen des neuen Grassi-Museums (Eingang Hospitalstraße) statt. Durch zahlreiche Bootstypen — vom selbstgebaute Geripp an — und allen Bootszubehör ist der technische Teil vertreten. Viele Bilder zeigen nicht nur Aufnahmen von Wasserfahrten, sondern aus allen Gebieten der Naturfreundebewegung. Die Ausstellung ist werktäglich geöffnet von 13 bis 20 Uhr und Sonntags sowie am 1. Mai von 10 bis 20 Uhr.

Mainauftrag der Gewerkschaftsinternationale. Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam erließ unterm 15. April ein Mainamifest an die Arbeiter der Welt, in der darauf hingewiesen wird, daß die beiden großen Ziele der Arbeiterklasse für den Frieden und den Abschluß der in dem 40jährigen Ringen seit der Einnahme des 1. Mai als allgemeinen Arbeiterfeiertages ihren revolutionären Wert keineswegs eingebüßt haben. Trotz Völkerverbund und sonstiger Abkommen werde der Krieg die menschliche Gesellschaft so lange bedrohen, bis der Wille und die Kraft eines unerschütterlichen, einigen Weltproletariats alle wirtschaftlichen und nationalen Gegensätze der kapitalistischen Welt zu beseitigen vermocht haben. Mehr als je sei es nötig, daß die Arbeitermassen auf der Straße ihrem Haß gegen den Krieg Ausdruck verleihen. Trotz bester Absichten der englischen Arbeiterregierung sei die Flottenauflösungskonferenz zum Ausgangspunkt eines neuen Rüstungswettlaufs geworden. Die Lösung: Nie wieder Krieg, Einstellung der Rüstungen müsse überall erfolgen. Das Jahr 1930 werde jedoch auch ein Jahr der erbitterten Kämpfe um den Achtstundentag werden. Das internationale Unternehmen habe seine Ansprüche auf wirtschaftliche Diktatur und Ausbeutung noch nicht preisgegeben. In diesen Kämpfen für das Ideal des Friedens, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit würden Millionen zielbewußter und entschlossener Kämpfer den Kräften der Reaktion und den Kämpfen eines gehässigen Nationalismus eine heilsame Warnung erteilen.

Geldstrom nach Deutschland. Gegenwärtig zeichnet sich der deutsche Geldmarkt durch eine außergewöhnliche Flüssigkeit aus. Die eingetretene Entspannung der Konjunktur hat sich nunmehr auf den Kapitalmarkt übertragen. Der Pfandbriefabfall ist den Verhältnissen entsprechend als gut zu bezeichnen. Ebenfalls fanden Anleihen von Industriebetrieben, Städten und Ländern Abfall. Von größter Bedeutung für den weiteren Gang der Dinge dürfte der Zustrom von Auslandskapital sein. Im März wurden im Umfange von 100 Mill. M. deutsche Anleihen im Auslande untergebragt. Daneben fanden noch Pfandbriefe und Kommunalobligationen im Auslande Abfall. Im ersten Vierteljahr 1930 dürften rund 250 Mill. M. Auslandskapital nach Deutschland gekommen sein. In den nächsten beiden Monaten sind außerdem 400 Mill. M. aus der internationalen Mobilisierungsanleihe für Reichsbahn und Post zu erwarten. Außerdem geht in den nächsten Monaten der Zustrom auf die Kreuzer-Anleihe für das Reich in Höhe von 400 Mill. M. ein. Daneben sind noch Verhandlungen über mehrere Auslandsanleihen eingeleitet worden. Dieser nicht geringe Zustrom von Auslandskapital wird in Verbindung mit der Flüssigkeit auf dem deutschen Geldmarkt die Voraussetzungen für eine Konjunkturbelebung schaffen. Die Dresdener Bank beurteilt in diesem Zusammenhang die Zukunft des Wirtschaftsverlaufs folgendermaßen: „Da die Entspannung des Kapitalmarktes in der letzten Zeit bereits merkliche Fortschritte gemacht hat und auch die Zukunftsaussichten für eine weitere Erleichterung nicht ungünstig beurteilt werden, dürfte damit zu rechnen sein, daß schon in den kommenden Monaten in größerem Umfange Reinvestitionen vorgenommen werden und die Befriedigung des seit langem angehalten Bedarfs des Grundbesitzes und der Industrie an Kapitalgütern unter Umständen die Grundlage für die konjunkturelle Erholung der gesamten Wirtschaft bildet. In gleicher Weise dürften sich die Aussichten der Verbrauchsgüterindustrie durch die Stärkung der Kaufkraft, die sich aus der Senkung des

Eindrücke von Auslandsreisen

Die Eindrücke von Auslandsreisen wären noch erheblich tiefer, wenn man nicht in Gruppen reiste und mehr auf sich selbst angewiesen wäre. Wenn man in Gruppen reist, werden die Schwierigkeiten, denen man als einzelner begegnet, immer durch andre beseitigt, meistens durch den Führer. Man wird in ein fertiges Bett gelegt. Dabei ist eine Erfahrungstatsache, daß im Überwinden von Widerständen des Menschen kräftigstes Lebenselement liegt. Am besten wäre es, wenn man, losgelöst von allen heimatischen Beziehungen, mitten in das fremde Land hineingeworfen würde; dann könnte man von wirklichem Erleben sprechen. Durch organisierte Reisen wird der einzelne zu viel gebunden. Das ist der größte Mangel, der ihnen anhaftet. Sie werden dadurch ihres individuellen Charakters beraubt. Man muß seine Neigungen und Interessen immer mit denen der übrigen auf einen Generalnenner bringen lassen. Gesellschaftsreisen werden immer nach dem bekannten Schema gemacht: Von morgens bis abends unterwegs, Tempo, Tempo; man hat dieses Gebäude noch nicht gesehen und jenes noch nicht. Vor lauter Sehenswürdigkeiten kommt man mit dem wirklichen Leben kaum in Berührung. Der Wert solcher Studienreisen ist also nur ein bedingter. Man muß dieses den eigentlichen Reiseresultaten vorausschicken, damit man sich bewußt bleibt, daß man das Leben des Landes, welches man bereiste, nur oberflächlich kennen lernte.

Auf der Fahrt nach England durchquerten wir Belgien von Osten nach Westen, also in seiner längsten Ausdehnung, obgleich wir Belgien nur vom Zuge aus kennenlernten, konnten wir feststellen, daß das Besondere Belgiens, was die Beschaffenheit der Wagen sowie ihre Sauberkeit anbetrifft, keinen Vergleich mit Deutschland

aushalten kann. Dasselbe konnten wir auf der überfahrt von Ostende nach Dover von unrem Schiffe sagen.

Anders dagegen in England. Das erste, womit wir drüben bekannt wurden, war wieder das Verkehrswesen. Die englischen Eisenbahnen stehen mit den deutschen wohl auf einer Höhe, vielleicht haben sie durch die Kollierung der dritten Klasse einen kleinen Vorzug gegenüber unrer Bahn. Aberhaupt sind die englischen Verkehrseinrichtungen, die den Riesenverkehr, zumal in London, spielend bewältigen, ein Musterbeispiel dafür, wie reibungslos sich alles abwickeln kann, wenn man weniger bürokratischen und dafür mehr praktischen Sinn entwickelt. Besonders bei den Untergrundbahnen tritt dieses in Erscheinung. Wie schnell und sicher das alles vor sich geht, davon kann man sich in Deutschland kaum eine Vorstellung machen. Da kommt die Bahn herangebraust, fast in der Länge eines Eisenbahnzuges, die Türen des Zuges öffnen sich mechanisch alle zu gleicher Zeit, raus und rein, ein Ruck, ein Zug, und weiter gehts. In den Zügen sieht man keine Beamten herumspringen. An den Ein- und Ausgängen der Bahnhöfe ist die Kontrolle und die genügt vollständig. Wenn wir abends in Lyons Corner House gegessen hätten, nahm ich hinterher die Gelegenheit wahr, um am Verkehrszentrum Londons, am Piccadilly Circus, das Schauspiel des Verkehrs auf mich einwirken zu lassen. Es ist tatsächlich ein Schauspiel, diese unauffällige Aufeinanderfolge von Verkehrsmitteln aller Art. Auf Zentimeter genau jagen sie mit größter Selbstverständlichkeit und Ruhe aneinander vorbei, die Wagen mit Pferden, die auch im Reichbild Londons gar nicht so selten sind, die Autos und die Fahrzeuge, die der Engländer kurzerhand als „Bus“ bezeichnet. Diese geben dem englischen Straßenleben das Gepräge. Die Autos gleichen sich wie ein Ei dem andern. Esig und

knobig lassen sie die Eloganz des deutschen Autos vermissen. Sie sind auf rein praktische Bedürfnisse zugeschnitten, wie sich der Engländer ja überhaupt nicht von Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit leiten läßt.

Militär haben wir drüben nicht viel. Es spielt auch bei weitem nicht die Rolle wie im Deutschland der Vorkriegszeit. Der Engländer braucht nicht vor jedem Brückenkopf stramm zu stehen, wie wir das nach einem gewonnenen Kriege hätten tun müssen. Das geflügelte Wort vom preußischen Militarismus kommt nicht von ungefähr. Alles rächt sich auf Erden, und Maßhalten in allen Dingen ist auch hier der Weisheit letzter Schluß. Drollig berührt waren wir von des Königs Grenadiere mit ihren buschigen Helmen auf Schloss Windsor. Was müssen die armen Kerle in der Sonnenhitze sich doch quälen.

Eine überragende Rolle scheint in England die Keffame zu spielen. Wo man geht und wo man steht, überall strahlt man in eine Keffame von monotoner Gleichmäßigkeit. Man wird förmlich davon erblüdt und richtet seine Augen unwillkürlich gen Himmel, damit sie Ruhe bekommen. Hier hat das Wort schon seine Berechtigung, man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Auf allen Bahnhöfen hat man seine liebe Not, um aus dem Wust von Anzeigen heraus den Namen des Bahnhöfes zu erpfeßen. Der wirkliche Sinn der Keffame geht hierbei vollständig verloren, wie ja bei jeder Sache der Sinn verloren geht, wenn sie übertrieben wird.

Wohl nirgends mehr als in England ist die Presse so sehr Allgemeinut geworden, nirgends wird sie eifriger gelesen, nirgends nimmt sie eine größere Machtstellung ein. Auf dem Wege zur Arbeit, auf dem Bahnhof und im Zuge, überall studiert der Engländer seine Zeitung. Wenn wir morgens mit der Untergrundbahn fußen, waren wir die deutsche Insel im Meer der englischen Zeitungs-

